

Oschersleben (Börde)

Eine Gruppe alternativer Jugendlicher und Erwachsener wird von etwa acht Rechten auf der Straße angegriffen. Mehrere Angreifer fügen einem der Jugendlichen (18) mit einem Knüppel mehrere Kopfplatzwunden zu. Ein 38-Jähriger, der zur Hilfe kommt, trägt ebenfalls eine Platzwunde am Kopf davon.



„Wir sind unabhängig und parteilich“

Rechtsradikale und rassistische Anschläge, Über- und Angriffe, Morde, Attacken, Überfälle, Menschenjagden und Attentate finden in Deutschland (all)täglich in allen Räumen des Lebens statt. In Treppenhäusern, Bushaltestellen, Kneipen, Einkaufszentren, S-Bahnstationen, Gärten, Clubs, Straßenbahnen, Tankstellen, Parks, auf Bürgersteigen, Parkplätzen und Feldwegen. Die Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt unterstützt Betroffene dieser Anschläge und hat von Stephanie Heide die Tatorte einiger Fälle dokumentieren lassen. Seit 15 Jahren unterstützt die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt Betroffene rechtsmotivierter, rassistischer, antisemitischer, oder homophober Angriffe durch Begleitung, Beratung und öffentliche Solidarisierung. Christiane Kern hat mit einer der beiden Projektleiterinnen, Antje Arndt, über Grundsätzliches, aber auch Hintergründiges ihrer Arbeit gesprochen.



Dessau-Roßlau Zwei einschlägig vorbestrafte Neonazis entdecken den schlafenden Hans-Joachim Sbrzesny auf einer Parkbank im Stadtzentrum von Dessau und erschlagen ihn mit größter Brutalität. In U-Haft sagte einer beiden Täter, der „Untermittelte“ habe es „nicht anders verdient.“ Der Mord an dem geistig behinderten Mann wird von den Behörden nicht als politisch rechts motiviertes Tötungsdelikt anerkannt.



Zerbst (Anhalt - Bitterfeld) *Ein polizeibekannter Rechter (28) schlägt einem 16-Jährigen Punk, der ein T-Shirt mit dem Aufdruck "Gegen Nazis" trägt, auf einem Heimatfest ein Bierglas ins Gesicht. Der Jugendliche verliert die Sehkraft auf einem Auge und erleidet schwere Schnittverletzungen im Gesicht.*

Fotos: Stephanie Heide



Halle (Saale) In einer Regionalbahn greifen zwei Naziskins einen Flüchtling aus Äthiopien an. Sie hetzen ihren Staffords-hire-Mischlingshund auf ihn, schlagen und treten auf ihn ein. Keiner der Fahrgäste greift ein.



Sangerhausen (Mansfelder Land) *Eine Gruppe von vier Neonazis wirft gegen 5 Uhr morgens drei brennende Molotow-Cocktails auf eine Flüchtlingsunterkunft, in eine Wohnung im ersten Stock. Ein Mann aus Burkina Faso rettet sich durch einen Sprung aus dem Fenster und alarmiert weitere Flüchtlinge.*



Halberstadt (Harz)
Weil er die Polizei rief, um das lautstarke Abspielen des „Horst-Wessel-Liedes“ eines Naziskin-Nachbarn anzuzeigen, wird der 60-Jährige Helmut Sackers kurz nach dem Polizeieinsatz im Treppenhaus von dem Naziskin mit vier Messerstichen getötet. Wegen „Notwehrexzess“ spricht der Richter den Naziskin frei.

In eurem Gründungsjahr 2001 entstanden in allen neuen Bundesländern und Berlin Opferberatungsprojekte. Warum gerade zu diesem Zeitpunkt?

Die Jahre Ende der 90er waren allgemein in Deutschland eine Zeit der Pogrome gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte bis hin zu Mord. In Dessau, Sachsen-Anhalt, wurde im Jahr 2000 Alberto Adriano¹ von drei Naziskinheads tödlich misshandelt. Dieser rassistische Mord war als Alarmzeichen für die zivile Öffentlichkeit maßgeblich. Er hatte einen Spendenaufruf für die Hinterbliebenen zur Folge – und eine weitreichende mediale Debatte über die tödliche Dimension rechter Gewalt in Deutschland. In der Konsequenz wurde auch die Politik aktiv. Gerhard Schröder rief nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in

Düsseldorf im Oktober 2000 den „Aufstand der Anständigen“ aus. 2001 initiierte dann der Bund für die neuen Bundesländer und Berlin das Programm CIVITAS, ein Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Als Teil dieses Programms wurden die Opferberatungsstellen ins Leben gerufen – darunter auch unsere.

Warum wurden nicht auch in den alten Bundesländern Beratungsangebote für Opfer rechter und rassistischer Gewalt eingerichtet?

In der medialen Öffentlichkeit lag damals der Fokus der Diskussion über rechte Gewalt fast ausschließlich auf dem Osten Deutschlands. Deshalb sah die Politik nur dort Handlungsbedarf. Natürlich gab es schon seit langem auch rechte,

rassistische Gewalt und organisierte Neonazis im Westen. Aber in der Zeit der Nachwende hatten die Neonazis, die sich übrigens gerade weil sie im Westen schon gut organisiert waren, so schnell und massiv im Osten ausbreiten konnten, leichtes Spiel. In der gesellschaftlichen Umbruchssituation jener Jahre tat sich in den neuen Bundesländern ein Machtvakuum auf, in dem sich besonders jüngere Menschen mühelos von rechten Ideologien überzeugen ließen. Vor allem im Bereich der sozialen Jugendarbeit, zum Beispiel bei Club- und Bandgründungen, wurde die rechte Szene aktiv, teilweise aus Unkenntnis und Mangel an sonstigen Angeboten für Jugendliche, sogar staatlich gefördert.

An welchen Standorten wart ihr damals? Mit wie vielen Helfern? Wo und wie viele seid ihr jetzt?

In Sachsen-Anhalt hat die Mobile Opferberatung flächendeckend von Nord bis Süd aktuell drei Standorte: Salzwedel, Magdeburg und Halle. In Dessau gibt es noch eine weitere fachspezifische Opferberatungsstelle unter anderer Trägerschaft. Begonnen haben wir 2001 mit vier Anlaufstellen und vier Hauptamtlichen. Heute sind wir insgesamt sieben, allerdings jeweils in Teilzeit, das heißt eigentlich verfügen wir über nur 4,75 Stellen.

Wie finanziert ihr euch?

Zur Gründungszeit wurden wir zu 100% vom Bund gefördert, da ja auch die Gründungsinitiative allein vom Bund ausging. Die Bundesregierung hatte damals das Problem rechter Gewalt erkannt. Allerdings nahmen die Verantwortlichen fälschlicherweise an, dass diese allein ein spezifisch ostdeutsches Phänomen darstelle. In den jeweiligen Länderregierungen herrschte dafür indes unterschiedliches, mitunter gar kein Problembewusstsein. Mittlerweile hat sich das geändert: In Sachsen-Anhalt liegt die Finanzierung zu 60% beim Land und nur noch zu 40% beim Bund. Seit 2007 gibt es zudem ein neues Bundesprogramm, von dem nun auch westdeutsche Länder Förderung für Opferberatungsprojekte erhalten, die zeitverzögert nach und nach realisiert werden.

Wie arbeitet ihr?

Wir arbeiten vor allem aufsuchend. Das heißt, wir kommen dorthin, wo die Betroffenen leben, egal ob

auf dem Land oder in der Stadt. Insbesondere für Betroffene im ländlichen Raum ist diese Herangehensweise wichtig, denn den Betroffenen fehlen oft die Ressourcen, etwa ein Auto oder das Geld für ein Zugticket, um in unsere Anlaufstellen zu kommen. Ferner ist bei Opfern rechter Gewalt die Hemmschwelle enorm groß, sich an eine professionelle Beratungseinrichtung zu wenden. Deshalb ergreifen wir die Initiative und gehen auf die Betroffenen zu – um so vielen wie möglich eine Unterstützung anbieten zu können.

Den nächsten wichtigen Ansatz unserer Arbeit nennen wir „proaktiv“. Das heißt, wir recherchieren aktiv nach Angriffen mit einem mutmaßlich rassistischen oder rechten Motiv in Zeitungen und Pressemitteilungen der Polizei. Wenn wir dort auf Meldungen

In der Zeit der Nachwende hatten die Neonazis leichtes Spiel

stoßen, wo ein entsprechender Hintergrund wahrscheinlich ist, versuchen wir über die Polizei und Kooperationspartner_innen, den Betroffenen ein Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Manchmal fahren wir auch direkt hin und fragen persönlich, ob sie oder er Unterstützung wünscht. Im Laufe meiner achtjährigen Tätigkeit hier bei der Mobilen Opferberatung ist es mir erst zwei Mal passiert, dass man mein Angebot abgelehnt hat. Die Meisten freuen sich und nehmen unsere Unterstützung dankend an. Erstaunt darüber, dass es uns überhaupt gibt.

Die konkrete Beratungs- und Unterstützungsarbeit ist dann abhängig von den Wünschen der Betroffenen. In der Regel stellen sich Fragen zum Ablauf von Strafverfahren, Rechte und Pflichten von Opferzeug_innen oder Entschädigungsmöglichkeiten. Häufig begleiten wir Betroffene zu Aussagen bei Polizei oder vor Gericht, vermitteln zu spezialisierten Fachanwält_innen oder organisieren psychologische Unterstützung. Auf Wunsch der Betroffenen leisten wir auch fallbezogene Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel, wenn sich Opfer ungerecht von Polizei und Justiz behandelt fühlen oder auf Probleme vor Ort aufmerksam machen wollen. Als unabhängige Monitoringstelle dokumentieren wir zudem politisch rechtsmotivierte Angriffe in Sachsen-Anhalt, geben Statistiken heraus und informieren auf unserer Webseite und in unserem Newsletter über das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt.

Ihr beschreibt euch selbst als unabhängig und – dezidiert – parteilich, also immer auf der Seite der Betroffenen gegen die Täter intervenierend. Eure eindeutige Positionierung an der Seite der Benachteiligten der Gesellschaft scheint euch enorm wichtig zu sein. Traut ihr Polizei und Justiz, die im Sinne des Rechtsstaats für den Minderheitenschutz Sorge zu tragen haben, nicht zu, effektiv gegen rassistische Agitation und Angriffe vorzugehen?

Es ist schwierig, darauf allgemein zu antworten. Der große Unterschied zwischen Polizei, Justiz und uns ist ja der, dass Polizei und Justiz im Gegensatz zu uns, dem Neutralitätsgebot unterliegen. Zwar ist die Polizei auch dem Opferschutz verpflichtet und seit 2014 gibt es zudem speziell für Sachsen-

Anhalt einen Erlass, der die Beamt_innen dazu verpflichtet, bei Anzeichen einer rechtsmotivierten Tat Betroffene auf unser Angebot explizit hinzuweisen. Doch weder Polizei noch Justiz sind maßgeblich dazu da, die Interessen des Opfers zu vertreten. Wichtig ist vor allem, sich vor Augen zu führen, dass es sich bei den Betroffenen rechter Gewalt in der Regel um Menschen handelt, die auch im Alltag marginalisiert und benachteiligt werden.

Natürlich gibt es auch schlechte Erfahrungen mit der Polizei, von denen uns Betroffene berichten. Vor allem antifaschistisch Engagierte oder Punks haben ein schwieriges Verhältnis zur Polizei, weil sie von ihr weniger als Opfer, sondern eher als Täter wahrgenommen werden. Aber auch die von Rassismus Betroffenen misstrauen aus schlechter Erfahrung mit der Polizei, sowohl in ihrem Herkunftsland als auch hier, den Beamten – und sehen deshalb ebenso oft von einer Anzeige ab. Die Dunkelziffer der Straftaten speziell gegen diese beiden Opfergruppen rechter Gewalt ist daher zweifellos hoch.

In Sachsen-Anhalt erreichte die Zahl rechter Gewalttaten im vergangenen Jahr ein Rekordniveau. 2015 habt ihr insgesamt 234 Angriffe mit politisch rechter Motivation registriert – mehr als doppelt so viele wie 2014. Lebt diese Gewalt auch von der offenen oder verdeckten ideologischen Zustimmung anderer, weniger gewalttätiger Bevölkerungsgruppen?

Definitiv ja! Die Gewalttäter sehen sich als sogenannte Vollstrecker des Volkswillens – das ist eines der Spezifika rechts motivierter Gewalt.

Aus dem „Man muss das ja noch mal sagen dürfen“ der rechtsideologischen Bevölkerung machen die Täter ein „Dann muss man eben auch handeln dürfen.“ Es gibt einen ganz klaren Zusammenhang zwischen minderheitenfeindlichen öffentlichen Diskursen, vor allem

Weder Polizei noch Justiz sind maßgeblich dazu da, die Interessen des Opfers zu vertreten

in den sozialen Medien, und Angriffszahlen. Nimmt die Hetze zu, steigt proportional die Anzahl der rechts motivierten Angriffe. Allgemein lässt sich sagen: Seit der Sarrazin-Debatte sind die Zahlen steigend, insbesondere die rassistisch motivierter Gewalt. Bildeten zu Anfang unserer Tätigkeit Angriffe auf alternative Jugendliche und junge Erwachsene die Hauptgruppe hier in Sachsen-Anhalt, sind es jetzt mit mehr als 60% die rassistisch motivierten Angriffe. Und das in einem Bundesland, das weiterhin einen sehr geringen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund hat. Der öffentliche rassistische Diskurs stachelt eindeutig zu rechts motivierten Gewalttaten an – und liefert den Tätern eine vermeintliche Rechtfertigung.

Rechts motivierte Gewalt legitimiert sich immer über die abwertende Einstellung gegenüber marginalisierten Gruppen. In der Täter-Opfer-Dichotomie sind die Rollen „Starker“ und „Schwacher“ klar verteilt. Wie schafft ihr es, für Geflüchtete, die die Zuschreibung der Opferrolle schon in ihrer Heimat so lange ertragen mussten, eine Perspektive auf Mündigkeit

und Schutz zu ermöglichen? Zumal, wenn ihr Asylantrag auf unbestimmte Zeit ungeklärt bleibt?

Wir kämpfen seit langem für ein generelles Bleiberecht für Geflüchtete, die Opfer rassistischer Gewalt wurden. Das wäre zu verstehen als eindeutiges Signal des Staates gegenüber den Tätern und gleichzeitig als Schulterchluss mit den Betroffenen, von denen viele aus Angst vor noch mehr Problemen und negativen Auswirkungen auf den Asylantrag, oft von einer Anzeige absehen. Gegenwärtig trauen sich Asylsuchende häufig nicht, ihre legitimen Rechte hier in Deutschland einzufordern, weil sie in der Konsequenz die Abschiebung befürchten. Individuell versuche ich, den Menschen Mut zu machen und sie dabei zu unterstützen, trotz der schwierigen Bedingungen ihre Rechte wahrzunehmen. Sei es bei dem Wunsch nach einer anderen sicheren Unterbringung, bei der Durchsetzung notwendiger medizinischer oder psychologischer Hilfe oder bei den Bemühungen um eine strafrechtliche Verfolgung der Täter.

Vielen Dank für das Gespräch.<

¹ Der 39-jährige Vater dreier Kinder wurde in Mosambik geboren und arbeitete zum Zeitpunkt seiner Ermordung seit 20 Jahren in Dessau.